



Klima schützen!
Ich bin dabei.

Stand: Juni 2008

Die 20 wichtigsten politischen Maßnahmen für den Klimaschutz

Deutschland muss seine klimaschädlichen Emissionen jedes Jahr um rund drei Prozent reduzieren, um seiner internationalen Verantwortung gerecht zu werden. Das entspricht ca. 20 Millionen Tonnen weniger CO₂ pro Jahr. Ist das machbar? Ja, die meisten Klimaschutzmaßnahmen sind schon lange bekannt und technisch erprobt. Einzig der politische Wille fehlte bisher, sie konsequent umzusetzen.

Mit den folgenden 20 Maßnahmen kann der größte Teil der Klimaschutzziele erreicht werden. Einige der Maßnahmen sind mit einer einfachen Gesetzesänderung sofort umsetzbar. Andere beinhalten ein ganzes Bündel von Einzelmaßnahmen, die zu einem großen Klimaschutzpaket geschnürt werden müssen. Die folgende Zusammenstellung dient als Überblick. Zu vielen Maßnahmen hat der BUND detaillierte Konzepte ausgearbeitet, die unter den weiterführenden Links zu finden sind.

1. Strom sparen: Effizienzstandards und Verbot von überflüssigem Stand-by-Verbrauch

Viele Elektrogeräte verbrauchen zu viel Strom, obwohl längst sparsamere Geräte auf dem Markt sind (z.B. Kühlgeräte und Glühbirnen). Dagegen muss die EU mit strengen Verbrauchsgrenzwerten vorgehen. Auch überflüssiger Stand-by-Verbrauch über 1 Watt sollte verboten werden. Zurzeit sind in der EU Regelungen für rund 25 Produktgruppen geplant (Ökodesign-Richtlinie). Der BUND setzt sich dafür ein, dass strenge Grenzwerte statt unwirksamer freiwilliger Selbstverpflichtungen gelten.¹

2. Strom sparen: Verbrauchskennzeichnung für Elektrogeräte

Die bekannte EU-Verbrauchskennzeichnung für Elektrogeräte muss schneller an den Stand der Technik angepasst werden. Als Verbraucher/in muss man sich darauf verlassen können, dass in der höchsten Effizienzklasse nur

¹ Das BUND-Stromsparpaket:
www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/200702_klima_stromsparpaket.pdf

die 20 Prozent der sparsamsten Geräte sind. Außerdem soll in Zukunft auch der Verbrauch von Fernsehern, Computern und anderen Elektronikgeräten verbindlich angegeben werden.²

3. Strom sparen: Klimaschutzfonds für effiziente Elektrogeräte

Besonders effiziente und hochinnovative Elektrogeräte sollen mit Hilfe eines Markteinführungsprogramms befristet gefördert werden, damit sie schneller aus der Nische in den Massenmarkt kommen – z.B. die sogenannte Faktor-Vier-Heizungspumpe, die nur ein Viertel des Strombedarfs im Vergleich zu herkömmlichen Heizungspumpen hat. Insgesamt kann der Stromverbrauch mit den ersten drei Maßnahmen um 20 Prozent bis 2020 reduziert und bis 2050 halbiert werden.³

4. Energiewende: Mehr Strom aus erneuerbaren Energien

Die erneuerbaren Energien tragen dank der Förderung durch das Erneuerbare Energien Gesetz heute schon 14 Prozent zur Stromversorgung bei – bis 2020 sollen es mindestens 30 Prozent werden. Dafür ist vor allem der zügige und ökologisch verträgliche Ausbau der Windenergie auf See erforderlich. Die Bundesregierung hat hierfür die Weichen richtig gestellt. Den Einsatz von Biomasse und Wasserkraft knüpft der BUND an hohe ökologische Anforderungen.⁴

5. Energiewende: Wärme aus erneuerbaren Energien

Bisher wird in viel zu wenigen Gebäuden das Warmwasser oder die Heizung mit erneuerbaren Energien betrieben (z.B. Solarkollektoren oder Holzpellets-Heizungen). Mit dem Erneuerbare Energien Wärmegesetz wird der Einsatz erneuerbarer Energien jedoch nur in Neubauten vorgeschrieben. Der BUND fordert, dass auch für Altbauten Nachrüstpflichten eingeführt werden und die Förderprogramme dafür ausgebaut werden. Die mit Strom betriebenen Wärmepumpen sind nicht als erneuerbare Energien einzustufen, da sie den Stromverbrauch nach oben treiben.

6. Energiewende: Ausbau effizienter Kraftwerke (Kraft-Wärme-Kopplung)

In Heizkraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird die bei der Stromerzeugung entstehende Abwärme für das Heizen von Gebäuden oder für Industrieprozesse verwendet, so dass insgesamt ca. 80 Prozent der in den Brennstoffen enthaltenen Energie genutzt wird. Der Anteil dieser effizienten Kraftwerke an der Stromerzeugung soll von heute 12 Prozent bis auf ein Drittel bis 2020 erhöht werden. Dafür müssen die Förderbedingungen im KWK-Gesetz deutlich verbessert werden.

7. Energiewende: Emissionshandel und Neubauverbot für Kohlekraftwerke

Der von den Energiekonzernen geplante Neubau von rund 25 Kohlekraftwerken würde die Klimaziele Deutschlands bis 2050 in unerreichbare Ferne rücken lassen. Mit der stetigen Verringerung der Emissionsrechte beim Emissionshandel und der vollständigen Versteigerung der Emissionsrechte soll dafür gesorgt werden, dass die Kohlekraftwerke unwirtschaftlich werden und gar nicht erst gebaut werden. Die Erlöse aus dem Emissionshandel sollen für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern und der EU eingesetzt werden. Allerdings befürchtet der BUND, dass die Energiekonzerne versuchen, mit dem schnellen Bau der Kohlekraftwerke Fakten zu schaffen, um dann später bei der Weiterentwicklung des Emissionshandels günstige Bedingungen für sich durchzusetzen. Deshalb fordert der BUND als Notmaßnahme für den Klimaschutz umgehend ein Neubauverbot für Kohlekraftwerke.⁵

² BUND-Hintergrund zur Verbrauchskennzeichnung für Elektrogeräte:
www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/20060214_klima_verbrauchskennzeichnung_elektrogeraete_hintergrund.pdf

³ Detailinfos siehe BUND-Strompaket – Link siehe Fußnote 1

⁴ BUND-Positionspapiere zu den einzelnen erneuerbaren Energien siehe:
www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/klima_energie/energiepolitik/erneuerbare_energien/

⁵ Ausführliche Hintergrundinformationen zu den geplanten Kohlekraftwerken und klimaverträglichen Alternativen:
www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/klima_energie/kohlekraftwerke_stoppen/hintergrund_kohlekraft/

8. Energiewende: Atomausstieg

Der Betrieb von Atomkraftwerken ist aufgrund der vielfältigen Risiken unverantwortlich: Zahlreiche schwere Unfälle auch in deutschen AKW, die gehäuften Kinderkrebsfälle in der Nähe der AKW, Terrorgefahren und die ungelöste Endlagerfrage sprechen für den sofortigen Atomausstieg. Der Atomausstieg ist auch für den Klimaschutz unverzichtbar, denn die Großkraftwerke von E.on, RWE, Vattenfall und EnBW blockieren den Aufbau einer dezentralen Energieversorgung.⁶

9. Gebäude sanieren: Effizienzstandards

70 Prozent aller Wohngebäude in Deutschland haben keine ordentliche Wärmedämmung. Der Heizölbedarf kann aber zum Beispiel bei einem Einfamilienhaus aus den siebziger Jahren von 4500 Liter auf 900 Liter pro Jahr gesenkt werden. Bei einem neuen Passivhaus sinkt der Energiebedarf fast auf Null. Allerdings hinken die Anforderungen in der Energieeinsparverordnung an die Altbausanierung weit hinter den technischen und wirtschaftlichen Potenzialen her. Der BUND fordert, dass bei jeder Modernisierung eines Gebäudes auch die Wärmedämmung verbessert wird.

10. Gebäude sanieren: Förderprogramme

Die Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wurden in den letzten Jahren erfreulich ausgebaut. Inzwischen stehen pro Jahr 3,5 Milliarden Euro Kredite zur Verfügung. Auch eine alte Forderung des BUND, wahlweise statt eines Kredites auch Zuschüsse für die Sanierung zu gewähren, wurde inzwischen teilweise erfüllt.

11. Sparsame Pkw: Ehrgeizige CO₂-Grenzwerte

Schon 1998 beschloss die EU, dass der CO₂-Ausstoß neuer Pkw bis 2005 durchschnittlich auf 120 Gramm je Kilometer zu senken ist (entspricht rund fünf Liter Kraftstoff je 100 Kilometer). Heute liegt er bei 170 Gramm. Verantwortlich dafür sind zu hohe Motorisierung, Tempowahn und aggressive Werbung für Geländewagen. Der BUND fordert, dass mit der geplanten EU-Richtlinie das 120-Gramm-Ziel bis spätestens 2012 erreicht wird. Für die deutschen Hersteller mit ihren besonders schweren Autos darf es keine Abstriche von den Klimazielen geben. Sie müssen mehr tun als der europäische Durchschnitt.⁷

12. Sparsame Pkw: Tempolimit auf Autobahnen

Ein bundesweites Tempolimit in Höhe von 120 km/h auf Autobahnen ist eine der am schnellsten wirksamsten und kostengünstigsten Klimaschutzmaßnahmen: bis 2020 würden dem Klima fast 40 Millionen Tonnen CO₂ erspart. Jedes Jahr würde der CO₂-Ausstoß um 3 Millionen Tonnen reduziert. Außerdem würden die Autohersteller dazu motiviert, leichtere und sparsamere Pkw zu bauen. Untersuchungen haben bestätigt: die Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit verringert die Zahl schwerer und tödlicher Unfälle auf Autobahnen und Landstraßen um rund ein Drittel. Bisher wurde die Einführung eines generellen Tempolimits politisch blockiert. Doch es ist Bewegung in die Diskussion gekommen, nachdem sich die SPD-Basis auf einem Parteitag im Oktober 2007 für die Geschwindigkeitsbegrenzung ausgesprochen hat.⁸

⁶ BUND-Hintergrund "Klimaschutz durch AKW? Nein Danke!":
www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/atomkraft/20070200_atomkraft_klimawandel_und_akw_klimafakten.pdf

⁷ BUND-Hintergrund: „Freie Fahrt ins Klimachaos? Die Vorgaben der EU zur CO₂-Minderung bei neuen Pkw“:
www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/verkehr/20080304_verkehr_co2_grenzwerte_pkw_analyse.pdf

⁸ BUND-Hintergrund zum Tempolimit:
www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/verkehr/autoverkehr/20070327_verkehr_tempolimit_hintergrund.pdf

13. Sparsame Pkw: KFZ-Steuer-Reform und Dienstwagenbesteuerung

Die bisherige KFZ-Steuer orientiert sich neben den schädlichen Stickoxiden und Ruß vor allem am Hubraum. Der BUND fordert, dass für Neuwagen der CO₂-Ausstoß statt des Hubraums die Höhe der KFZ-Steuer bestimmt. Besonders saubere und sparsame Fahrzeuge, die unter 100 g CO₂ pro km emittieren, sollen von der Steuer befreit, die Käufer von Neuwagen zwischen 120 und 160 g/km (= 4,9 bis 6,5 l/100 km) sollen im Durchschnitt wie bisher besteuert, große Spritfresser dagegen sollen deutlich mehr bezahlen. Wichtig ist, dass der Steuersatz pro Gramm CO₂ mit ansteigendem Kraftstoffverbrauch erhöht wird, damit ein wirksamer Anreiz zum Kauf sparsamer Fahrzeuge entsteht. Der BUND hat dazu einen entsprechenden Stufentarif vorgeschlagen. Außerdem fordert der BUND, dass die steuerliche Absetzbarkeit für klimaschädliche Dienstwagen begrenzt oder nach den CO₂-Emissionen gestaffelt wird. Denn über 50% der in Deutschland verkauften Neuwagen werden als Firmen- oder Dienstwagen zugelassen.⁹

14. Güterverkehr: Lkw-Maut

Die Lkw-Maut ist grundsätzlich ein wirksames Instrument, um den Güterverkehr verstärkt von der Schiene auf die Straße zu verlagern. Die Maut muss insgesamt angehoben werden, denn heute tragen die Lkw noch nicht einmal die Wegekosten in vollem Umfang. Die Maut sollte schrittweise auf alle Lkw ab 3,5 Tonnen und auf alle Straßen ausgedehnt werden. Durch eine Spreizung der Maut abhängig von den Emissionen sollen Anreize zur Modernisierung der Fahrzeugflotte geschaffen werden. Außerdem sollen die externen Kosten des LKW-Verkehrs in die Maut aufgenommen werden. Dies ist EU-rechtlich seit 2007 erlaubt. Das Transitland Deutschland muss hier Vorreiter sein.

15. Flugverkehr: Kerosinsteuer

Während Bus und Bahn Mineralölsteuer und Stromsteuer bezahlen, ist der Flugverkehr vollständig von der Mineralölsteuer befreit und auf internationalen Strecken sogar von der Mehrwertsteuer. Der BUND fordert, dass diese Steuerprivilegien umgehend aufgehoben werden, denn der Flugverkehr ist das umweltschädlichste aller Verkehrsmittel. Für eine europaweite Kerosinsteuer wäre ein einstimmiger Beschluss der EU-Regierungen notwendig. Im innerdeutschen Flugverkehr könnte die Bundesregierung dagegen eine Kerosinsteuer problemlos einführen. Ticketabgaben wie in Großbritannien, Frankreich oder in den Niederlanden sind ein guter Ersatz bis zur Einführung einer Kerosinsteuer.¹⁰

16. Flugverkehr: Emissionshandel

Da die europäische Kerosinsteuer politisch blockiert wurde, wird jetzt in der EU die Einführung des Emissionshandels für den Flugverkehr geplant. Das ist aber nur sinnvoll, wenn dabei berücksichtigt wird, dass die Abgase der Flugzeuge in großer Höhe drei- bis fünfmal so klimaschädlich sind als nur der CO₂-Ausstoß am Boden. Außerdem sollten die Emissionsrechte vollständig versteigert werden.¹¹

17. Klimaverträgliche Mobilität und Raumordnungspolitik: Verkehr vermeiden und verlagern

Der Verkehr verursacht rund 20 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland. Für eine klimaverträgliche Mobilität müssen noch viele weitere Maßnahmen ineinander greifen: z.B. wird überflüssiger Verkehr durch eine Wiederbelebung von Innenstädten statt Einkaufszentren und Wohngebieten auf der grünen Wiese vermieden. Gut beschilderte Fahrradwege, Carsharing, die optimale Verknüpfung von Bahn und

⁹ BUND-Konzept für eine Reform der KFZ-Steuer:
www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/verkehr/20080508_verkehr_kfzsteuerreform_hintergrundpapier.pdf

¹⁰ BUND-Hintergrundpapier zu einer Kerosinsteuer im inländischen Flugverkehr:
www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/verkehr/luftverkehr/20040800_verkehr_kerosinsteuer_konzept.pdf

¹¹ Hintergrundinformationen zum Luftverkehr und Emissionshandel:
www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/verkehr/luftverkehr/

Bus sowie flexible ÖPNV-Angebote im ländlichen Raum (Taxibusse, Anruf-Sammeltaxen, Bürgerbusse, Auto-Teilen ...) erleichtern den Umstieg auf klimaverträgliche Verkehrsmittel.¹²

18. Ökologische Steuer- und Finanzreform

Die ersten Stufen der ökologischen Steuerreform von 1999 bis 2003 haben dazu beigetragen, dass der Benzinverbrauch in Deutschland zurück gegangen ist. Zurzeit sorgen schon die stark angestiegenen Weltmarktpreise für Rohöl dafür, dass sich das Benzin sparen lohnt. Aber es gibt noch eine Menge klimaschädlicher Subventionen im deutschen Steuerrecht, die mit einer ökologischen Steuer- und Finanzreform reformiert werden sollten: zum Beispiel die Entfernungspauschale für Pendler, die Steuerprivilegien für Dienstwagen und die Agrarsubventionen für die Massentierhaltung.

19. Klimaverträgliche Landwirtschaft: Agrarsubventionen umlenken

Fast 15 Prozent der Treibhausgase gehen weltweit auf das Konto der Landwirtschaft. In der ökologischen Landwirtschaft wird für die gleiche Menge Nahrungsmittel nur halb so viel Energie benötigt wie in der konventionellen Landwirtschaft. Außerdem ist Ökoloandbau aktiver Klimaschutz, da auf Ökofeldern mehr Kohlendioxid in Form von Humus gebunden wird. Der BUND fordert, Agrarsubventionen nur noch für umwelt- und klimafreundliche wirtschaftende Betriebe zu zahlen.¹³

20. Klimaverträglicher Konsum: Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfgesellschaft

Die Herstellung eines Computers verschlingt fast eine Badewanne voll Rohöl. Viele elektronische Geräte landen schon nach wenigen Jahren auf dem Elektroschrott. Diese Energieverschwendung könnte dadurch verringert werden, dass die Produkte leichter nachgerüstet oder repariert werden können. In der Abfallwirtschaft muss der Grundsatz gelten: vermeiden und verwerten vor beseitigen.

Kontakt:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

Tel. 030 / 27586-40

klimateam@bund.net www.bund.net/klimaschutz

¹² BUND-Seiten zum Thema nachhaltige Mobilität: www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/verkehr/

¹³ Hintergrundinformationen zu den Agrarsubventionen:
www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/landwirtschaft/subventionen_umlennen/